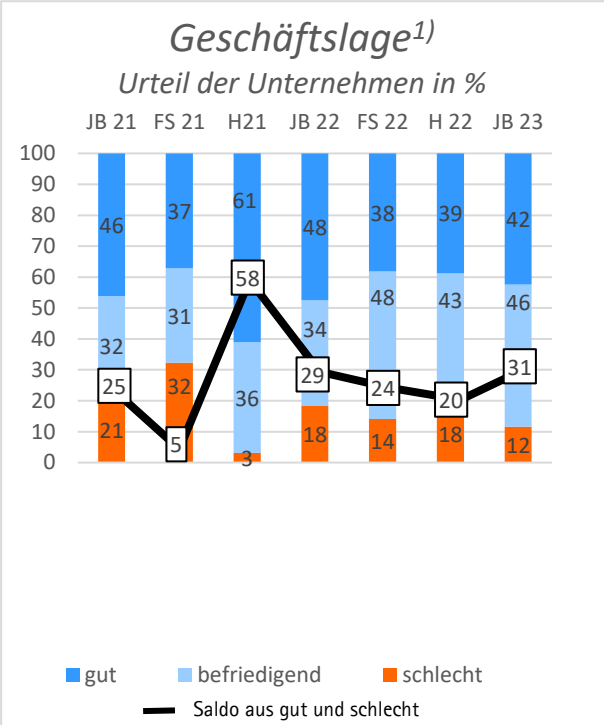
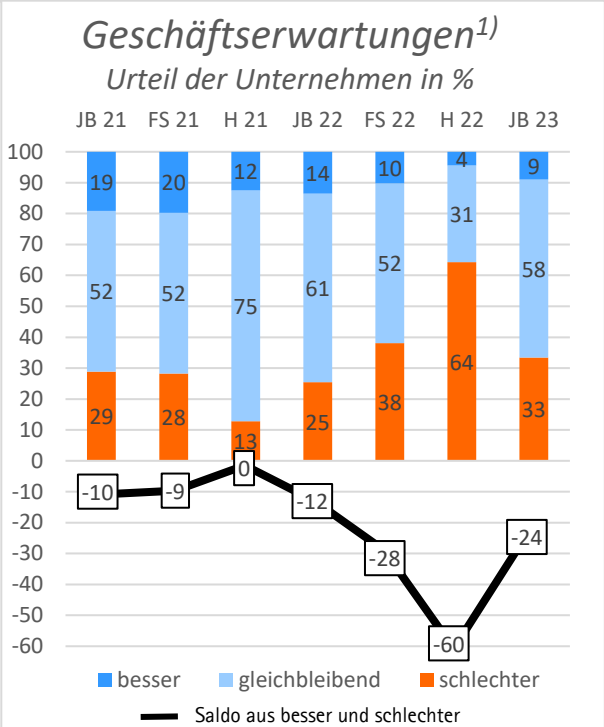
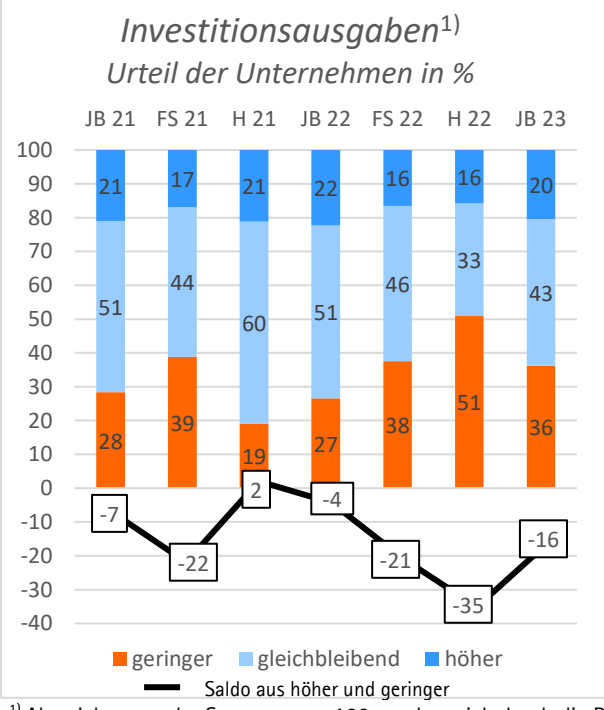
IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

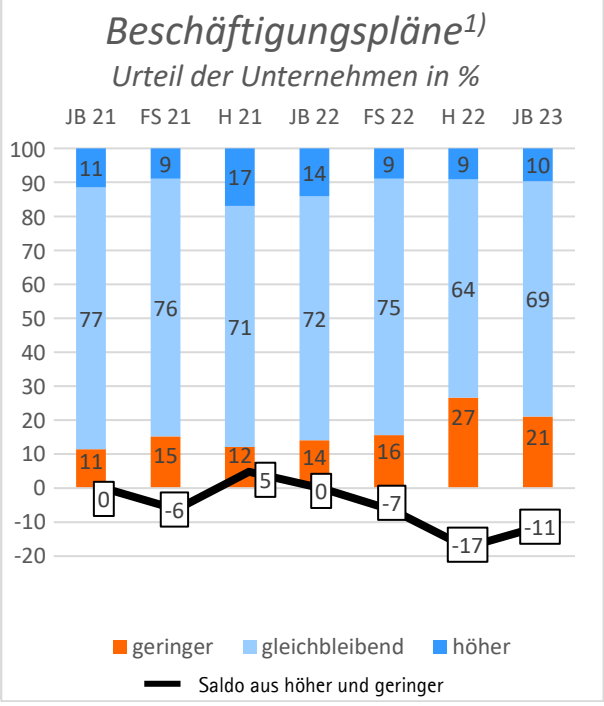
Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Jahresbeginn 2023









[1)] Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Unternehmen blicken wieder optimistischer auf die kommenden Monate

Für die aktuelle Konjunkturumfrage wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 27. Dezember 2022 bis 20. Januar 2023 befragt.[1] **Die Geschäftslage der gewerblichen Wirtschaft hat sich im Vergleich zur Vorumfrage im Herbst 2022 (H 22) verbessert.** 88 % der Unternehmen bezeichnen ihre Lage als „gut" oder „befriedigend" und 12 % bezeichnen sie weiterhin als schlecht (H 22: 18 %).

Die Auftragslage zeigt sich aktuell wie schon im Herbst 22 robust. Die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich verbessert. Der Gewinnlagesaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „gut"- und „schlecht"-Meldungen) ist von - 4 auf +5 Prozentpunkte gestiegen. Zwar können ähnlich wie im Herbst 22 steigende Preise bei Strom-, Gas- und Kraftstoffen nur von 45 % der Unternehmen an die Kunden weitergereicht werden. Allerdings geben nur noch 9 % (H 22: 18 %) der Unternehmen an, dass sie ihre Produktion mangels Rentabilität einschränken. Zur Verbesserung der Gewinnlage tragen bei manchen Unternehmen sicherlich die seit der Vorumfrage gefallenen Energiepreise bei. Auf die Fragen, ob die Strom- bzw. die Gaspreisbremse die kurzfristige Geschäftslage stabilisiere, antworteten 59 % bzw. 52 %, dass ihnen diesbezüglich noch keine Aussage möglich sei. Jeweils 21 % der Unternehmen antworteten mit „Nein". Viele Unternehmen können die Wirkungen noch nicht qualifizieren, weil es unklar ist, ob ihre Verbrauchsmengen die gedeckelten Mengen übersteigen werden. Auch die Finanzlage hat sich gegenüber der Umfrage vom Herbst 22 verbessert. Jedes zweite Unternehmen (H 22: 42 %) hält seine Finanzlage für unproblematisch. Zahlungsunfähigkeit wird nur noch selten befürchtet. Liquiditätsengpässe (17 %) und Forderungsausfälle (15 %) werden ebenfalls deutlich seltener als noch zur Herbstumfrage beklagt. Eigenkapitalrückgang belastet allerdings immer noch etwa 40 % der Unternehmen.

Die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden 12 Monate zeigen, dass die Unsicherheit erheblich nachgelassen hat. Die Energiekrise scheint angesichts des milden Winters, voller Speicher und stabiler LNG-Lieferungen beherrschbar. Hinzu kommt, dass das im Herbst 22 von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte 3. Entlastungspaket zur Dämpfung der Energiekosten zu einer Verbesserung des sehr negativen Konsumklimas beigetragen hat, indem es die zukünftigen Belastungen der Haushaltseinkommen bei steigenden Energiepreisen eingegrenzt und dadurch den privaten Konsum stabilisiert hat. Die Angst vor einer schweren Rezession hat deutschlandweit abgenommen. Während bei der Herbstumfrage fast zwei Drittel der Unternehmen eine Verschlechterung ihrer Geschäftstätigkeit erwartet haben, hat diese Befürchtung zum Jahresbeginn nur noch ein Drittel der Unternehmen.

Die Unternehmen sehen ihre Geschäftstätigkeit insgesamt durch weniger Risiken belastet (Abb. 2). Die Arbeitskosten, die Inlandsnachfrage, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und selbst die Energie- und Rohstoffpreise werden jeweils seltener als Risiken genannt. Dennoch sehen aktuell noch etwa vier von fünf Unternehmen in der Energie- und Rohstoffpreisentwicklung eine Gefahr für ihre Geschäftsentwicklung. Dass der Fachkräftemangel als Risiko gegenüber der Herbstumfrage an Bedeutung gewonnen hat, kann auch als Hinweis gewertet werden, dass sich die Stimmung unter den Unternehmen verbessert hat.

Die bessere Beurteilung der Geschäftslage und die weniger pessimistischen Erwartungen gegenüber der Umfrage vom Herbst 22 führen zu einem **kräftigen Anstieg des Konjunkturklimaindexes von 69 auf nunmehr 99 Indexpunkte** (Abb. 1). Er liegt damit aber noch weit unter dem langjährigen Mittel von 116 Indexpunkten. Die Sorgen der Unternehmen bzgl. der konjunkturellen Entwicklung sind also immer noch groß, sind aber nicht mehr so erdrückend wie noch im Herbst.

Die gegenüber der Vorumfrage verbesserte Stimmung zeigt sich in den Investitionsplanungen. Jedes fünfte Unternehmen will seine Investitionsausgaben erhöhen (H 22: 16 %). Das liegt auch daran, dass die Unternehmen aufgrund der steigenden Energiekosten im Herbst 22 Investitionen zurückgestellt hatten und diese Planungen nun wieder hervorholen. 36 % der Unternehmen (H 22: 51 %) geben an, die

[1] Für die Konjunkturumfrage wurden 872 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 293. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten gegenüber der Vorperiode zu reduzieren. Nur noch 30 % der Unternehmen stellen Investitionen wegen der Kostenbelastung aufgrund hoher Energiepreise zurück (H 22: 50 %). **Der Investitionssaldo hat sich somit von -35 auf -16 Prozentpunkte verbessert.** Auch in den Investitionshöhen zeigt sich die größere Zuversicht. Im Herbst hatte etwa die Hälfte der Unternehmen keine oder nur Investitionen bis 10.000 € geplant, nun sieht etwa die Hälfte der Unternehmen Investitionen zwischen 10.000 € und 500.000 € vor (Abb. 7). 78 % (H 22: 73 %) der Unternehmen planen Ersatzinvestitionen.

Die Beschäftigungspläne sind ebenfalls nicht mehr so negativ wie im Herbst 22. Der Beschäftigungssaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „höher"- und „geringer"-Meldungen) ist von -17 auf -11 Prozentpunkte gestiegen, weil weniger Unternehmen von einer schrumpfenden Belegschaft ausgehen und mehr Unternehmen erwarten, dass sie ihre Mitarbeiterzahl konstant halten können.

Abb. 1

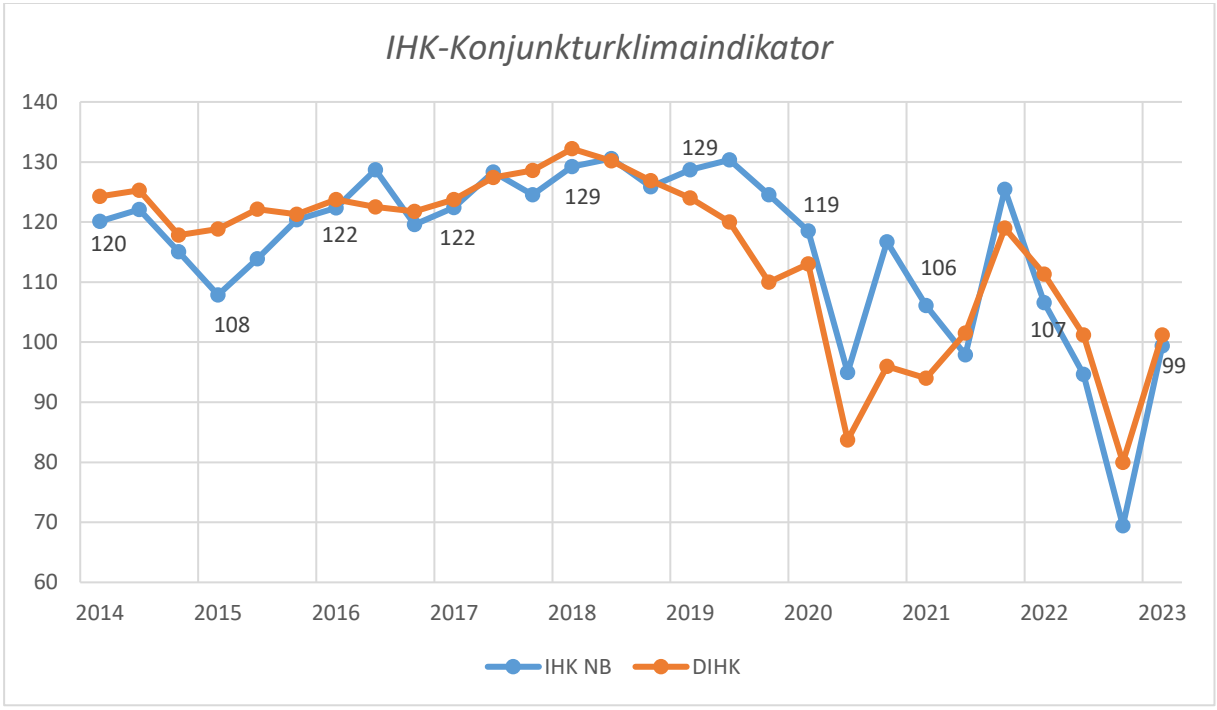


Abb. 2

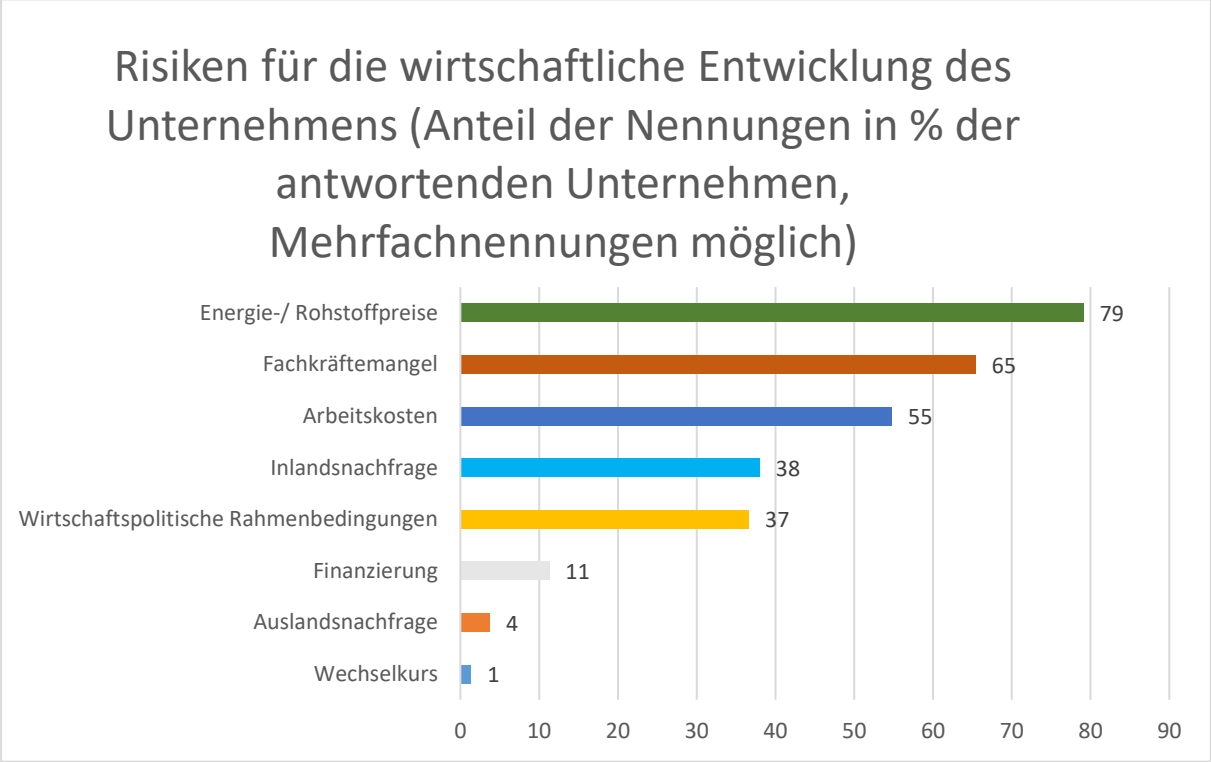

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (Anteil der Nennungen in % der antwortenden Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich)
Energie-/ Rohstoffpreise
79
Fachkräftemangel
65
Arbeitskosten
55
Inlandsnachfrage
38
Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
37
Finanzierung
11
Auslandsnachfrage
4
Wechselkurs
1
0
10
20
30
40
50
60
70
80
90

Abb. 3

Reaktionen der Unternehmen auf die hohen Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise (Anteil der Nennungen in % der antwortenden Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich)
Energie sparen
69
Weitergabe an Kunden gelingt überwiegend
45
Zurückstellen anderer Investitionen
30
Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen
29
Keine Ausweichmöglichkeit
20
Ausweichen auf andere Energieträger
9
Reduzierung der Produktion
9
Kaum betroffen
6
Sonstiges
3
Verlagerung der Produktion ins Ausland
1
0
10
20
30
40
50
60
70
80

Die Entwicklung in den Branchen

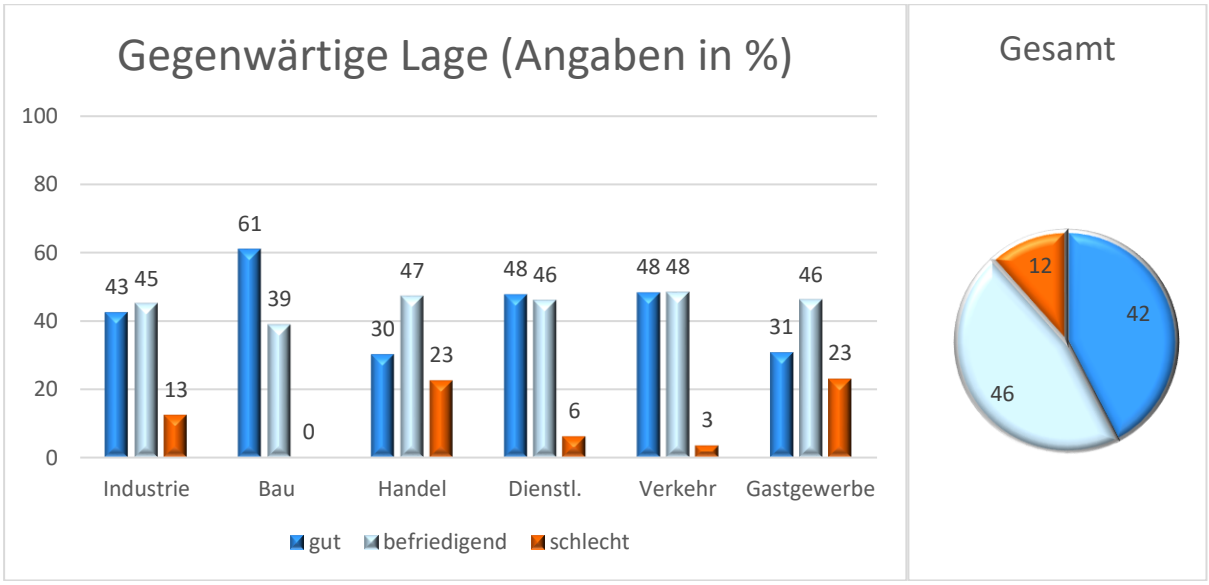
In der ***Industrie*** bezeichnen 87 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als „gut" oder „befriedigend" (Abb. 4). Dass dieses auf den ersten Blick gute Ergebnis eine nicht unerhebliche Verschlechterung gegenüber der Vorumfrage beinhaltet, zeigt der Geschäftslagesaldo. Er ist von 38 auf 30 Prozentpunkte gefallen. Die Auftragslage der Unternehmen hat sich eingetrübt. Sprachen im Herbst 22 noch 66 % der Unternehmen von einer guten Auftragslage, sind es nun nur noch 38 %. Gleichzeitig halten jetzt 15 % der Unternehmen ihre Auftragslage für schlecht (H 22: 3 %). Die hohen Auftragsbestände vom Herbst 22 wurden in der Zwischenzeit abgebaut, gleichzeitig sind weniger Neuaufträge eingegangen. Auch die Finanzlage der Unternehmen stellt sich etwas negativer dar. Weniger Unternehmen bezeichnen ihre Finanzlage als unproblematisch (JB 23: 54 %, H 22: 59 %), mehr Unternehmen klagen über einen Rückgang an Eigenkapital (JB 23: 28 %, H 22: 21 %) Die Gewinnlage hat sich dagegen verbessert. Dazu trägt bei, dass 62 % der Industrieunternehmen die Weitergabe der gestiegenen Kosten an ihre Kunden gelingt.

Auf die kommenden 12 Monate blickt die Industrie mit weit weniger Sorge als noch im Herbst. Ihr Erwartungssaldo hat sich von -59 auf -15 Prozentpunkte verbessert (Abb. 5). Eine Energiemangellage hätte die Industrie besonders stark getroffen. Umso größer ist die Erleichterung, dass sie in diesem Winter wahrscheinlich nicht eintreten wird. Neben den Energie- und Rohstoffpreisen ist der Fachkräftemangel das größte Geschäftsrisiko.

Nachdem die regionalen Industrieunternehmen im vergangenen Jahr – womöglich um die noch relativ niedrigen Zinsen zu nutzen – zum Teil große Investitionsvorhaben auf den Weg gebracht haben, ist ihre Investitionsneigung aktuell verhalten. Der Investitionssaldo ist von 0 auf -18 Prozentpunkte zurückgegangen (Abb. 6). Neben Ersatzinvestitionen planen die Unternehmen vor allem Rationalisierungsinvestitionen. Dies ist aufgrund des Fachkräftemangels dringend notwendig. Etwa die Hälfte der Unternehmen kann offene Stellen längerfristig nicht besetzen. Nur 5 % der Unternehmen halten ein Wachsen ihrer Mitarbeiterzahl für wahrscheinlich, 18 % gehen von einem Rückgang aus (Abb. 8).

Etwa 40 % der antwortenden Industrieunternehmen liefert ins Ausland. Die Anzahl an Unternehmen, die sinkende Exporte, und die Zahl derer, die steigende Exporte erwartet, hält sich die Waage.

Abb. 4



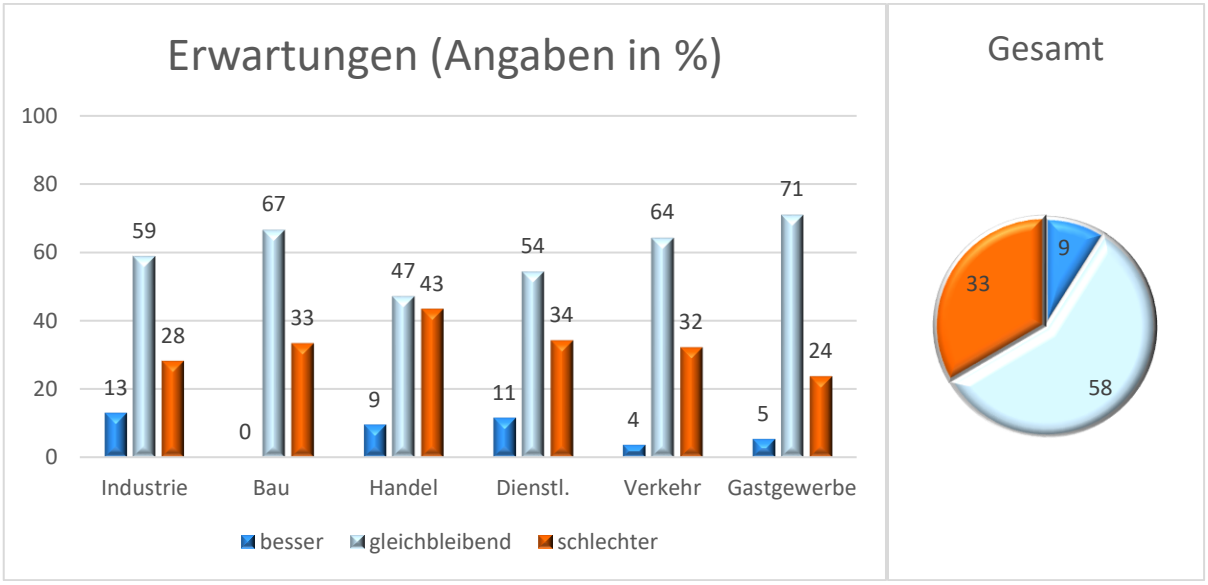
Die Geschäftslage wird von den ***Bauunternehmen*** nach wie vor sehr positiv beurteilt. Etwa 60 % der Unternehmen sprechen von einer „guten" Lage. Die Auftragslage hat nachgelassen, wird aber noch immer von keinem Bauunternehmen als „schlecht" bezeichnet. Es gelingt 61 % der Unternehmen, die gestiegenen Kosten aufgrund der Energiepreissteigerungen an ihre Kunden weiterzugeben, so dass die Gewinne

offenbar kaum beeinträchtigt sind. Daher beurteilen die Unternehmen ihre Gewinnlage sehr positiv und liegen damit an der Spitze der gewerblichen Wirtschaft. Auch bzgl. der Finanzlage liegt das Baugewerbe an erster Stelle innerhalb der gewerblichen Wirtschaft: Gut zwei Drittel der Unternehmen halten ihre Finanzlage für unproblematisch.

Zwei von drei Bauunternehmen erwarten, dass sich ihre Geschäftstätigkeit wie bislang weiterentwickelt. Ein Drittel geht von einer Verschlechterung der Geschäfte aus. Sie befürchten, dass die angekündigten weiteren Zinserhöhungen seitens der Zentralbank die Kreditzinsen weiter ansteigen lassen und sich dies negativ auf die privaten Bauinvestitionen auswirkt. Auch die hohen Baustoffkosten werden den Bau, insbesondere privater Eigenheime, belasten. Dazu kommt, dass die Förderung der KfW im Neubau von Wohneigentum reduziert wurde. Daher überrascht es nicht, dass mehr als die Hälfte der Unternehmen in der Inlandsnachfrage ein Geschäftsrisiko sieht.

Die Investitionsplanungen zeigen auch in dieser Branche, dass die Angst vor einer großen Wirtschaftskrise verschwunden ist. Der Investitionssaldo ist von -33 Prozentpunkten bei der Umfrage im Herbst 22 auf +22 Prozentpunkte angestiegen. Im Herbst 2022 hatte knapp die Hälfte der Unternehmen Investitionen bis 10.000 € geplant, jetzt zum Jahresbeginn 23 liegt bei fast 80 % der Unternehmen die Investitionssumme über diesem Wert. Der Fachkräftemangel beschränkt allerdings die Geschäftstätigkeit der Branche. Zwei von drei Unternehmen können offene Stellen längerfristig nicht besetzen. Für die kommenden 12 Monate erwarten die Unternehmen kaum Änderungen bei der Mitarbeiterzahl.

Abb. 5



Im ***Handel*** überwiegen die positiven Stimmen bei der Lagebeurteilung die negativen leicht. Dabei fällt die Lagebeurteilung im Großhandel wie schon bei der Vorumfrage im Herbst besser als im Einzelhandel aus. Der Großhandel profitiert von einer guten Auftragslage. Der Einzelhandel allerdings klagt noch immer über Lieferausfälle und -engpässe. Bzgl. der Gewinnlage überwiegen sowohl im Einzel- als auch im Großhandel die negativen Stimmen. 85 % der Einzelhandelsunternehmen versuchen, die hohen Energiekosten durch Energieeinsparungen zu reduzieren. Die Energiepreissteigerungen an die Konsumenten weiterzugeben gelingt ihnen nur begrenzt. Insbesondere bei teuren Produkten besteht die Gefahr, dass die Konsumenten auf preiswertere Produkte umsteigen. Aufgrund mangelnder Nachfrage listen Einzelhändler teure Produkte zurzeit vermehrt aus. Deshalb überrascht es nicht, dass nur ein Viertel der Großhandelsunternehmen angibt, die Energiepreissteigerungen weiterreichen zu können. Die zum Teil schlechte Gewinnsituation im Handel führt zu einem Rückgang an Eigenkapital. Fast die Hälfte der Unternehmen klagt darüber.

Das verringerte Rezessionsrisiko hat die Erwartungen der Handelsunternehmen zwar erheblich aufgehellt, aber die negativen Stimmen überwiegen die positiven immer noch stark. Der Erwartungssaldo ist von -74 (H 22) auf jetzt -34 Prozentpunkte gestiegen. Schon der geringere Pessimismus gegenüber der Vorumfrage wirkt sich positiv auf die Investitionsplanungen aus. Weniger Unternehmen als noch bei der Vorumfrage wollen ihre Investitionsausgaben kürzen und mehr Unternehmen auf gleichbleibendem Niveau investieren. Neben Ersatzinvestitionen sind Rationalisierung und Produktinnovationen die wichtigsten Investitionsmotive. Nur noch 2 % planen keine Investitionsausgaben (H 22: 34 %) und 20 % sehen Investitionsausgaben von über 100.000 € (H 22: 11 %) vor.

Die Beschäftigung im Handel wird in den kommenden Monaten rückläufig sein. Etwa zwei Drittel der Unternehmen gehen von einer gleichbleibenden, etwa ein Drittel von einer sinkenden Anzahl an Mitarbeitern aus. Der Arbeitskräftemangel belastet den Einzel- stärker als den Großhandel. 43 % der Einzelhändler klagen darüber, offene Stellen nicht besetzen zu können, im Großhandel tun dies 27 %. Auch die Suche nach Azubis ist schwierig.

Abb. 6

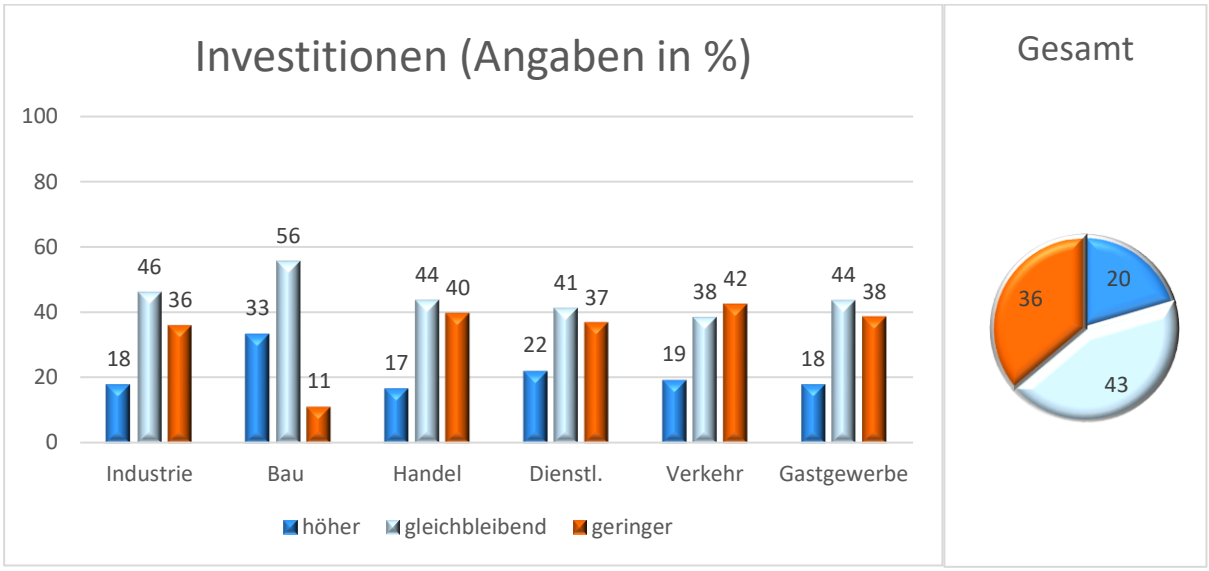
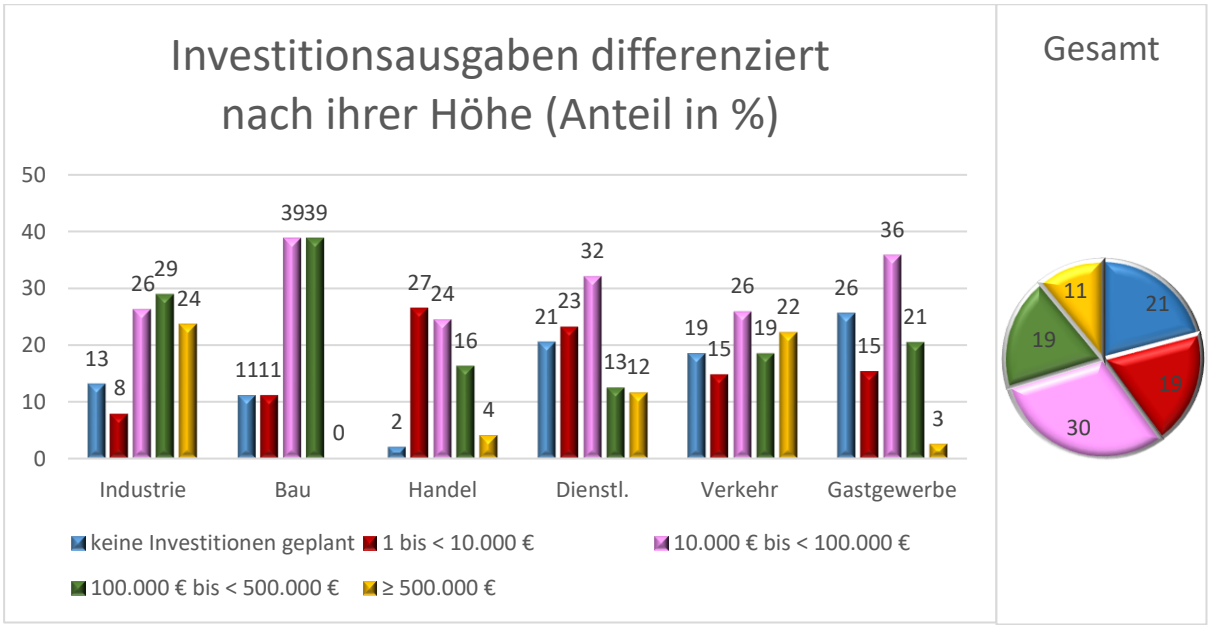


Abb. 7

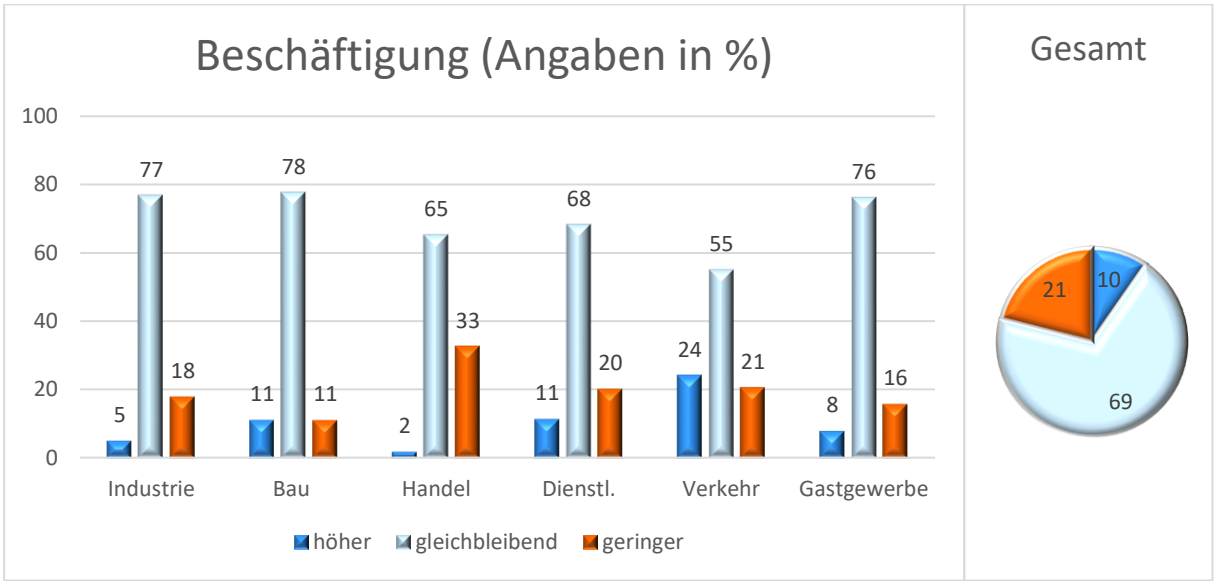


Die ***Dienstleistungsunternehmen*** beurteilen ihre Geschäftslage mit einem Lagesaldo von 42 Prozentpunkten deutlich besser als der Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Die stabil gebliebene gesamtwirtschaftliche Lage verschafft ihnen eine gute Auftragslage. Über die Hälfte der Dienstleistungsunternehmen spricht von einer unproblematischen Finanzlage und auch bei der Gewinnlage überwiegen die positiven die negativen Stimmen.

Da eine schwere Rezession nicht mehr erwartet wird, haben sich die Erwartungen für die kommenden 12 Monate auch bei den Dienstleistern aufgehellt. Das gilt für unternehmens- wie konsumnahe Dienstleistungen. Der Erwartungssaldo der Dienstleistungsbranche insgesamt ist von –50 Prozentpunkten im Herbst auf aktuell -23 Prozentpunkte gestiegen. Auch in dieser Branche sind die positiven Auswirkungen verbesserter Erwartungen auf die Investitionsbereitschaft erheblich. Der Investitionssaldo ist von -37 Prozentpunkten im Herbst 22 auf nun -15 Prozentpunkte gestiegen. Es werden auch wieder höhere Investitionssummen verplant.

Mehr Unternehmen erwarten eine rückläufige Mitarbeiterzahl als eine steigende. (Beschäftigungssaldo: -9 Prozentpunkte.) Die Hälfte der Unternehmen hat zurzeit keinen Personalbedarf.

Abb. 8



Im ***Verkehrsgewerbe*** stellt sich aktuell die Geschäftslage weitaus besser dar als im Herbst 22. Die Auftragslage wird mit einem Auftragslagesaldo von 32 Prozentpunkten positiv beurteilt. Außerdem schätzen die Unternehmen ihre Gewinnlage viel positiver ein als noch im Herbst 22. 50 % der Unternehmen halten ihre Gewinnlage für „befriedigend", die „gut"- und die „schlecht"-Meldungen halten sich die Waage. Die seit der Herbstumfrage gesunkenen Energiepreise entlasten die Unternehmen kostenseitig und verbessern ihre Gewinn- und Finanzlage. Dennoch leidet noch die Hälfte der Verkehrsunternehmen unter Eigenkapitalrückgang.

Auch die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich aufgehellt: Etwa zwei Drittel der Unternehmen erwarten eine gleichbleibende, ein Drittel eine sich verschlechternde Geschäftsentwicklung. Als Risiko für die Geschäftsentwicklung werden trotz der Stabilisierung der Kraftstoffpreise immer noch am häufigsten (von 79 % der Unternehmen) die Energie- und Rohstoffpreise genannt. Die am zweithäufigsten angegebenen Risiken, jeweils von 69 % der Unternehmen, sind der Fachkräftemangel und die Arbeitskosten. Der Arbeitskräftemangel selbst übt Druck auf die Arbeitskosten aus. Eine weitere Kostenbelastung ist die ab 1. Januar 2023 eingetretene Erhöhung der Mauttarife für LKW. Sie fällt umso geringer aus, je höher die Euronorm des Fahrzeugs.

Mit der Gewinnlage und den Erwartungen hat sich Investitionsbereitschaft deutlich verbessert. Der Investitionssaldo ist von -45 auf -23 Prozentpunkte gestiegen. Auch die für die kommenden 12 Monate geplanten Investitionssummen wurden angehoben. Im Herbst gaben 57 % der Unternehmen an, nur Investitionen bis zu 10.000 € zu planen. Jetzt fallen in diese Kategorie nur noch 33 % Unternehmen. Stattdessen planen nun 44 % der Verkehrsunternehmen Investitionen zwischen 10.000 € und 500.000 € (H 22: 24 %). Investitionen, die im Herbst aufgrund der großen Unsicherheit zurückgestellt worden sind, werden offenbar wieder angegangen.

Das Verkehrsgewerbe weist als einzige Branche einen positiven Beschäftigungssaldo auf. Etwa ein Viertel der Unternehmen geht von einer steigenden Mitarbeiterzahl aus. Da aufgrund des Arbeits- und Fachkräftemangels 39 % der Verkehrsbetriebe langfristig Arbeitsstellen nicht besetzen können, bleibt es unklar, ob sich diese Erwartungen erfüllen werden.

Das Gastgewerbe beurteilt seine aktuelle Lage im Vergleich zur übrigen gewerblichen Wirtschaft unterdurchschnittlich. Insbesondere die Buchungen für Weihnachten blieben unter den Erwartungen. Zwar gibt etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen an, die Energiepreissteigerungen weitgehend an die Kunden weiterreichen zu können. Allerdings haben sie außerdem höhere Kosten aufgrund gestiegener Lebensmittelpreise und der Anhebung des Mindestlohns zu verkraften. So überrascht es nicht, dass nur 38 % die eigene Finanzlage als unproblematisch einschätzen, 54 % über einen Rückgang an Eigenkapital klagen und die Gewinnlage überwiegend negativ eingeschätzt wird. Der Vorbuchungsstand ist noch verhalten. Dementsprechend vorsichtig sind die Erwartungen im Gastgewerbe für das Jahr 2023, allerdings bei Weitem nicht mehr so alarmierend wie noch bei der Umfrage im Herbst 2022. Der Erwartungssaldo liegt nun bei -18 Prozentpunkten (H22: -86 Prozentpunkte). 95 % der Unternehmen nennen die Energie- und Rohstoffpreisentwicklung als Geschäftsrisiko.

Die Investitionsbereitschaft ist angesichts der nicht mehr so negativen Erwartungen auch wieder gestiegen. Weniger Investitionsvorhaben als noch im Herbst 22 werden aufgrund der Kostenbelastung durch hohe Energiepreise zurückgestellt. Allerdings ist eine Erhöhung der geplanten Investitionssummen wie in anderen der hier betrachteten Branchen nicht festzustellen. Gut ein Drittel der Unternehmen führt Umweltschutzinvestitionen durch. Damit spielt Umweltschutz als Investitionsmotiv eine hervorgehobene Rolle und hat mehr Bedeutung als in den anderen Branchen.
Die Personalsituation ist nach wie vor sehr angespannt. Etwa jedes zweite Unternehmen kann Personalausfälle nicht mehr durch neue Mitarbeiter kompensieren.

Zusammenfassung und Ausblick

- Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen ist zum Jahresbeginn 2023 davon geprägt, dass sich die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland entgegen der Erwartungen im Herbst 22 stabil entwickelt. Dazu hat der bislang milde Winter und die damit verbundene Entspannung auf den Energiemärkten beigetragen. Außerdem hat schon die Ankündigung der Energiepreisbremsen das Konsumklima in Deutschland verbessert. Gerade der konsumorientieren regionalen Wirtschaft kommt das sehr zu Gute.

- Mit dem Abflauen der Krisenstimmung gerät der Arbeits- und Fachkräftemangel wieder stärker in den Fokus der Unternehmen. Nach dem vorliegenden Referentenentwurf für die Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden einige Forderungen der Unternehmen für eine erleichterte Fachkräfteeinwanderung umgesetzt. Allerdings werden die Verfahren noch komplizierter, die geplanten Regelungen enthalten zahlreiche Ungereimtheiten und wichtige Dinge wie die Beschleunigung der Visaverfahren werden nicht angegangen.

- Da eine schwere Rezession von den Unternehmen inzwischen nicht mehr befürchtet wird, haben sich ihre Erwartungen bzgl. der eigenen Geschäftstätigkeit verbessert, die negativen Stimmen überwiegen aber noch deutlich. Die Energie- und Rohstoffpreise bleiben das Hauptrisiko für die Geschäftsentwicklung. Mit dem geforderten Zubau von Erneuerbaren Energien in MV, der auch

anderen Verbrauchsregionen zu Gute kommt, müssen die Verteilnetze in großem Maßstab ausgebaut werden. Damit dies die Energiekosten der regionalen Unternehmen nicht über die Maßen in die Höhe treibt, müssen die Verteilnetzentgelte reformiert und bundesweit einheitlich verteilt werden.

- Der Konjunkturklimaindikator ist zwar im Vergleich zur Umfrage vom Herbst 22 gestiegen, liegt aber dennoch weit unter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Damit die konjunkturelle Erholung nicht im Keim erstickt wird, fordert die IHK Neubrandenburg die Politik auf, durch ein Belastungsmoratorium die personellen und finanziellen Ressourcen der Unternehmen nicht weiter zu strapazieren.

- Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und der Erwartungen regen die Investitionsbereitschaft der Unternehmen an. Investitionen, die sie im Herbst zurückgestellt hatten, werden wieder angegangen. Die Investitionssummen liegen deutlich über dem geplanten Niveau vom Herbst 22. Die steigenden Zinsen geben den Unternehmen zusätzlichen Anreiz, notwendige Investitionen nicht weiter aufzuschieben.

IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Postanschrift:
Postfach 11 02 53
17042 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203
Fax 0395 5597-513
E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de

IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern